

# Pflichtenliste GwG (Checkliste)

## für Rechtsanwälte gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 10 Geldwäschegesetz (GwG)\*

### Erläuterung zur Verwendung dieser Pflichtenliste (Checkliste)

Das GwG verpflichtet bestimmte Unternehmen, Berufsangehörige oder Gewerbetreibende zur aktiven Mitwirkung bei der Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (nachfolgend: „GW/TF“). Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände sind (anders, als andere Berufsangehörige, z.B. Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer) nicht per se „Verpflichtete“ im Sinne des GwG, sondern nur, soweit sie in Ausübung ihres Berufs

- a) für ihren Mandanten an der Planung oder Durchführung von folgenden Geschäften mitwirken:
  - aa) Kauf und Verkauf von Immobilien oder Gewerbebetrieben,
  - bb) Verwaltung von Geld, Wertpapieren oder sonstigen Vermögenswerten,
  - cc) Eröffnung oder Verwaltung von Bank-, Spar- oder Wertpapierkonten,
  - dd) Beschaffung der zur Gründung, zum Betrieb oder zur Verwaltung von Gesellschaften erforderlichen Mittel,
  - ee) Gründung, Betrieb oder Verwaltung von Treuhandgesellschaften, Gesellschaften oder ähnlichen Strukturen oder
- b) im Namen und auf Rechnung des Mandanten Finanz- oder Immobilientransaktionen durchführen,
- c) den Mandanten im Hinblick auf dessen Kapitalstruktur, dessen industrielle Strategie oder damit verbundene Fragen beraten,
- d) Beratung oder Dienstleistungen im Zusammenhang mit Zusammenschlüssen oder Übernahmen erbringen oder
- e) geschäftsmäßig Hilfeleistung in Steuersachen erbringen,

müssen Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände, soweit sie an einem der vorgenannten Geschäfte mitwirken oder eine Transaktion durchführen, zum einen über ein allgemeines Risikomanagement in ihrer Kanzleiorganisation verfügen und zum anderen in den entsprechenden Mandaten konkreten einzelfallbezogenen Mandatspflichten nachkommen. Daneben bestehen weitere Sonderpflichten bei Auskunftersuchen bestimmter Behörden oder im Falle bestimmter Anordnungen.

Diese Checkliste stellt alle für den Rechtsanwalt im Rahmen vorerwählter Mitwirkungen und Transaktionsdurchführungen in Betracht kommenden Pflichten nach dem GwG in Tabellenform, gegliedert in allgemeines Risikomanagement, einzelfallbezogene Mandatspflichten und Sonderpflichten zusammen. Besonders wichtige Hinweise sind in der Tabelle durch ein Dreieckssymbol („▶“) gekennzeichnet.

Die Pflichtenliste soll Ihnen einen dezidierten und zugleich komprimierten Überblick über die für Sie maßgeblichen Regelungen im GwG geben. Weitergehende Informationen und Erläuterungen zu den einzelnen Pflichten finden sich in den Auslegungs- und Anwendungshinweisen (in der Tabelle: „AAH“), die der Kammervorstand gem. § 51 Abs. 8 GwG erlassen bzw. genehmigt hat und die Sie auf unserer Internetpräsenz abrufen können. Die jeweilige Fundstelle ist in der Tabelle ebenso angegeben, wie die GwG-Norm, die die entsprechende Regelung enthält (in der Tabelle: „Vorschrift“) sowie, wenn ein Verstoß bußgeldbewehrt ist, die diesbezügliche Norm im GwG (in der Tabelle: „OWi“).

Sie können diese Pflichtenliste im Teil „Risikomanagement“ dazu verwenden, um das allgemeine Risikomanagement in Ihrer Kanzlei aufzubauen und es in regelmäßigen Abständen auf tatsächliche Umsetzung und Vollständigkeit hin zu überprüfen. Den die Mandatspflichten betreffenden Teil können Sie bei einschlägigen Mandaten als Muster zur Hand nehmen, um sicherzustellen, dass Sie alle maßgeblichen Pflichten erfüllen. Diese Checkliste ersetzt aber nicht die eingehende Befassung mit der Materie, sondern dient vor allem als Merkposten. Bitte befassen Sie sich daher mit den anwaltsspezifischen Risiken, für Zwecke der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung missbraucht zu werden.

---

\*) Alle §§-Angaben ohne ausdrückliche Angabe eines Gesetzes sind solche des GwG.

## Risikomanagement

|   |               |  |   |       |  |
|---|---------------|--|---|-------|--|
| 1 | Name, Vorname |  |   |       |  |
| 2 | Kanzlei       |  |   |       |  |
| 3 | Anschrift     |  |   |       |  |
| 4 | Ort           |  | 5 | Datum |  |

| OrdZ <sup>1</sup> | Gegenstand   | AAH <sup>2</sup> | Vorschrift                      | OWi          | Erledigt/<br>Bemerkung |
|-------------------|--|------------------|---------------------------------|--------------|------------------------|
| 1000              | Risikoanalyse  | 99               | § 5                             |              |                        |
| 1010              | Ermittlung der GW/TF-Risiken die für die vom Rechtsanwalt betreuten Mandate bestehen unter Berücksichtigung insbesondere der Anlagen 1 und 2 zum GwG sowie auf Grundlage nationaler Risikoanalyse zur Verfügung stehender Informationen  | 99               | § 5 I 1                         | § 56 I Nr. 1 |                        |
| 1011              | Ermittlung bezüglich des Mandantenrisikos, z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>• außergewöhnliche Umstände der Mandatsbeziehung</li> <li>• Vehikel zur Vermögensverwaltung</li> <li>• Unternehmen mit nominellen Anteilseignern oder als Inhaberpapiere emittierten Aktien</li> <li>• bargeldintensive Unternehmen</li> <li>• ungewöhnlich oder übermäßig komplizierte Eigentumsstruktur des Unternehmens</li> <li>• Persönlicher Mandantenkontakt?</li> <li>• Mandanten besonderer Risikogruppe zugehörig?</li> </ul>   | 99               | § 5 I 1, Anlage 1 und 2 zum GwG | § 56 I Nr. 1 |                        |
| 1012              | Ermittlung bezüglich des Dienstleistungs-, Transaktions- oder Vertriebskanalrisikos z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Betreuung vermögender Privatkunden</li> <li>• Produkte und Transaktionen, die Anonymität begründen können, wie Treuhandschaften</li> <li>• Mandatsbeziehungen oder Transaktionen ohne persönliche Kontakte</li> <li>• Eingang von Zahlungen unbekannter oder nicht verbundener Dritter</li> <li>• neue Produkte und neue Geschäftsmodelle, einschl. neuer Vertriebsmechanismen</li> </ul>  | 99.              | § 5 I 1, Anlage 1 und 2 zum GwG | § 56 I Nr. 1 |                        |
| 1013              | Ermittlung bezüglich des geografischen Risikos z.B. Auslandsbezug zu Drittstaaten, <ul style="list-style-type: none"> <li>• deren Finanzsysteme nicht über hinreichende Systeme zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von GW/TF verfügen</li> <li>• in denen Korruption oder andere kriminelle Tätigkeiten signifikant stark ausgeprägt sind</li> <li>• gegen die Embargos oder ähnliche Maßnahmen verhängt wurden</li> <li>• die terroristische Aktivitäten finanziell oder anderweitig unterstützen oder in denen bekannte terroristische Organisationen aktiv sind</li> </ul> | 99.              | § 5 I 1, Anlage 1 und 2 zum GwG | § 56 I Nr. 1 |                        |
| 1020              | Bewertung der identifizierten GW/TF-Risiken <ul style="list-style-type: none"> <li>• hohes Risiko</li> <li>• mittleres Risiko</li> <li>• geringes Risiko</li> </ul>  | 99.              | Anlage 1 und 2 zum GwG          | § 56 I Nr. 2 |                        |
| 1030              | Dokumentation der Risikoanalyse  | 99               | § 5 II Nr. 1                    | § 56 I Nr. 2 |                        |
| 1040              | Regelmäßige Überprüfung und ggf. Aktualisierung  | 99               | § 5 II Nr. 2                    | § 56 I Nr. 2 |                        |

<sup>1</sup> Ordnungsziffer für interne Zwecke und zum Abgleich mit anderen Listen

<sup>2</sup> Auslegungs- und Anwendungshinweise der Rechtsanwaltskammer in der jeweils aktuell gültigen Fassung

|                      |  |  |   |                            |              |   |
|----------------------|--|--|---|----------------------------|--------------|---|
| 2000                 | <b>Interne Sicherungsmaßnahmen</b>   | 107 ff.  | § 6 I, II   |                            |              |   |
| 2020                 | Bei angestellten Rechtsanwältinnen obliegen dem Unternehmen (§ 6 Abs. 3 GwG)   | Schaffen angemessener geschäfts- und kundenbezogener interner Sicherungsmaßnahmen, um GW/TF-Risiken in Form von Grundsätzen, Verfahren und Kontrollen zu steuern und zu mindern, insbesondere (OrdZ. 2030 bis 2070): | 107   | § 6 I                      | § 56 I Nr. 3 |   |
| 2030                 |  | Ausarbeitung interner Grundsätze, Verfahren und Kontrollen bezüglich   | 110   | § 6 II Nr. 1               | § 56 I Nr. 3 |   |
| 2031                 |  |  |   |                            |              | • Umgang mit GW/TF-Risiken  |
| 2032                 |  |  |   |                            |              | • Kundensorgfaltspflichten nach den §§ 10 bis 17  |
| 2033                 |  |  |   |                            |              | • Erfüllung der Meldepflicht nach § 43 I  |
| 2034                 |  |  |   |                            |              | • Aufzeichnung von Informationen und  |
| 2035<br>2036         |  |  |   |                            |              | • Aufbewahrung von Dokumenten nach § 8<br>• Einhaltung sonstiger geldwäscherechtlicher Vorschriften |
| 2040                 |  | ggf. Schaffung und Fortentwicklung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung   | 113   | § 6 II Nr. 4               | § 56 I Nr. 3 |   |
| 2041                 |  | • Missbrauchs neuer Produkte und Technologien zur Begehung von GW/TF<br>• Begünstigung der Anonymität von Geschäftsbeziehungen oder von Transaktionen  |   |                            |              |   |
| 2042                 |  |  |   |                            |              |   |
| 2050                 |  | Überprüfung der Mitarbeiter auf Zuverlässigkeit  | 114   | § 6 II Nr. 5               | § 56 I Nr. 3 |   |
| 2060<br>2061<br>2062 | erstmalige und laufende Unterrichtung der Mitarbeiter bzgl. Typologien und aktuelle Methoden der GW/TF sowie einschlägiger Vorschriften und Pflichten  | 118 f.   | § 6 II Nr. 6  | § 56 I Nr. 3               |              |   |
| 2070                 | Überprüfung zuvor genannter Grundsätze und Verfahren durch unabhängige Prüfung, soweit Überprüfung angesichts Art und Umfang der Geschäftstätigkeit angemessen ist   | 120  | § 6 II Nr. 7  | § 56 I Nr. 3               |              |   |
| 2080<br>2081<br>2082 | Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Sicherungsmaßnahmen und Aktualisierung bei Bedarf  |  | § 6 I 3   | § 56 I Nr. 3               |              |   |
| 2090                 | Soweit mehr als 30 Berufsberechtigte oder Berufsträger sozietätsfähiger Berufe:<br>• Bestellung Geldwäschebeauftragter und Stellvertreter (► Rechte/Pflichten s. § 7 V bis VII)<br>• vorab Anzeige von Bestellung oder Entpflichtung bei der Aufsichtsbehörde  | 111)   | § 6 II Nr. 2, Anordnung der RAK Ffm. iVm § 7 III 1.<br><br>§ 7 IV 1 | § 56 II Nr. 2 (Bestellung) |              |   |
| 2091                 |  |  |   |                            |              |   |
| 2092                 |  |  |   |                            |              |   |
| 2093                 |  |  |   |                            |              |   |
| 2100                 | Einrichtung eines kanzeleiinternen Hinweisgebersystems   | 121  | § 6 V   |                            |              |   |
| 2110                 | Treffen von Vorkehrungen, um auf Anfrage der FIU oder anderer zuständiger Behörden Auskunft darüber zu geben, ob sie während eines Zeitraums von fünf Jahren vor der Anfrage mit bestimmten Personen eine Geschäftsbeziehung unterhalten haben und welcher Art diese Geschäftsbeziehung war<br>► Mandantenprivileg: Keine Auskunftspflicht, sich Anfrage auf Informationen bezieht, die der Anwalt im Rahmen eines der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnisses erhalten hat (Drittgeheimnisse unterliegen grds. nicht der Schweigepflicht). Die Meldepflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Anwalt weiß, dass der Mandant das Mandatsverhältnis für GW/TF-Zwecke genutzt hat oder nutzt. | 123  | § 6 VI  |                            |              |   |
| 2119                 |  |  |   |                            |              |   |
| 2120                 | Vorherige Anzeige bei Aufsichtsbehörde, falls Durchführung interner Sicherungsmaßnahmen Dritten übertragen wird  | 124  | § 6 VII   |                            |              |   |

## Mandatspflichten

|   |                                 |  |   |              |
|---|---------------------------------|--|---|--------------|
| 1 | Rechtsanwältin/<br>Rechtsanwalt |  |   |              |
| 2 | Mandats-<br>bezeichnung         |  |   |              |
| 3 | Anschrift                       |  |   |              |
| 4 | Datum                           |  | 5 | Aktenzeichen |

| OrdZ | Gegenstand  | AAH    | Vorschrift                   | OWi                            | Erledigt/<br>Bemerkung |
|------|---|--------|------------------------------|--------------------------------|------------------------|
| 3000 | Allgemeine Sorgfaltspflichten   | 37 ff. | § 10                         |                                |                        |
| 3010 | Identifizierung des Mandanten   | 45 ff. | §§ 10 I Nr. 1,<br>11, 12, 13 | § 56 I Nr. 15<br>(Vornahme)    |                        |
| 3011 | <ul style="list-style-type: none"> <li>• natürliche Personen:               <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Feststellung und Erhebung von                   <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorname und Nachname</li> <li>- Geburtsort und Geburtsdatum</li> <li>- Staatsangehörigkeit</li> <li>- Wohnanschrift</li> </ul> </li> <li>○ Überprüfung anhand gültigem, vor Ort vorgelegtem Personalausweis oder Reisepass (▶ weitere zugelassene Identifizierungsmöglichkeiten: s. § 12 I)</li> </ul> </li> </ul>  |        |                              |                                |                        |
| 3012 | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Überprüfung anhand gültigem, vor Ort vorgelegtem Personalausweis oder Reisepass (▶ weitere zugelassene Identifizierungsmöglichkeiten: s. § 12 I)</li> </ul>  |        |                              |                                |                        |
| 3013 | <ul style="list-style-type: none"> <li>• juristische Personen und Personengesellschaften               <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Feststellung und Erhebung von                   <ul style="list-style-type: none"> <li>- Firma, Name oder Bezeichnung</li> <li>- Rechtsform</li> <li>- Registernummer, falls vorhanden</li> <li>- Anschrift des Sitzes oder der Hauptniederlassung</li> <li>- die Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder die Namen der gesetzlichen Vertreter und, sofern ein Mitglied des Vertretungsorgans oder der gesetzliche Vertreter eine juristische Person ist, von dieser juristischen Person vorstehende Daten</li> </ul> </li> <li>○ Überprüfung anhand Registerauszug bzw. dokumentierter Einsichtnahme), anhand Gründungsdokumenten oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente</li> </ul> </li> </ul> |        |                              |                                |                        |
| 3014 | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Überprüfung anhand Registerauszug bzw. dokumentierter Einsichtnahme), anhand Gründungsdokumenten oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente</li> </ul>  |        |                              |                                |                        |
| 3016 | ▶ Kein Verzicht auf Identifizierung, weil Mandant persönlich bekannt. Lediglich bei bereits früher durchgeführter Identifizierung kann von neuerlicher Identifizierung abgesehen werden.  |        |                              |                                |                        |
| 3017 | ▶ Bei Anwendung vereinfachter 14) kann Überprüfung auf Grundlage sonstiger Dokumente, Daten oder Informationen i.S.v. § 14 II erfolgen.   |        |                              |                                |                        |
| 3018 | ▶ Identifizierung kann nach Maßgabe von § 17 Dritten (z.B. Rechtsanwälten, ggf. Identverfahren der Zustelldienste) übertragen werden.   |        |                              |                                |                        |
| 3020 | Identifizierung einer für den Mandanten auftretenden Person (Angestellte, Mitarbeiter, Bote, Bevollmächtigter)  | 55 f.  | §§ 10 I Nr. 1,<br>11, 12, 13 | § 56 I Nr. 15<br>§ 56 I Nr. 26 |                        |
| 3021 | wie Mandant selbst (s. oben OrdZ. 3010 ff)  |        |                              |                                |                        |
| 3022 | Prüfung, ob die für den Mandanten auftretende Person berechtigt ist, den Mandanten zu vertreten   | 56     | § 10 I Nr. 1                 |                                |                        |

|      |  |  |   |                     |                          |               |
|------|--|--|---|---------------------|--------------------------|---------------|
| 3030 | neben allgemeinen Risikofaktoren (Anlagen 1 und 2 zum GwG) auch Mandatszweck, Gegenstandsart und Dauer der Mandantenbeziehung von Bedeutung<br><br>(3070) Konkreter Maßnahmenumfang muss dem GW/TF-Risiko entsprechen;   | Abklärung, ob der Mandant für einen wirtschaftlich Berechtigten handelt  | 57  | § 10 I Nr. 2, § 3   | § 56 I Nr. 16            |               |
| 3032 |  | Identifizierung eines wirtschaftlich Berechtigten durch Feststellung und Erhebung von  | 59 ff.  | §§ 10 I Nr. 2, 11 V | § 56 I Nr. 17 (Vornahme) |               |
| 3033 |  | <ul style="list-style-type: none"> <li>o Vorname und Nachname</li> <li>• falls in Ansehung des GW/TF-Risikos angemessen: darüber hinaus <ul style="list-style-type: none"> <li>o Geburtsort und Geburtsdatum</li> <li>o Staatsangehörigkeit</li> <li>o Wohnanschrift</li> </ul> </li> </ul>                              |   |                     |                          |               |
| 3034 |  | • Ermittlung der Eigentums- und Kontrollstruktur des Mandanten mit angemessenen Mitteln, falls Mandant keine natürliche Person ist   |   |                     |                          |               |
| 3035 |  | • Vergewisserung durch risikoangemessene Maßnahmen, dass zur Identifizierung erhobene Angaben zutreffend sind  |   |                     |                          |               |
| 3038 |  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Bei Vereinigungen nach § 20 GwG und Rechtsgestaltungen nach § 21 GwG ist der Nachweis der Registrierung nach § 20 I oder § 21 oder ein Auszug der im Transparenzregister zugänglichen Daten einzuholen, ggf. sind weitere Maßnahmen zu ergreifen (§ 12 III 2 und 3).</li> </ul> |   |                     |                          |               |
| 3040 |  |  | 72  | § 10 I Nr. 3        | § 56 I Nr. 18            |               |
| 3041 |  | Einholung und Bewertung von Informationen über Zweck und angestrebte Art des Mandats, falls sich Informationen nicht bereits zweifelsfrei aus dem Mandat ergeben   |   |                     |                          |               |
| 3042 |  |  |   |                     |                          |               |
| 3050 |  |  | Feststellung mit angemessenem, risikoorientiertem Verfahren (z.B. Selbstauskunft, Internetrecherche, Datenbanken), ob Mandant oder wirtschaftlich Berechtigter ‚politisch exponierte Person‘ (PEP) ist bzw. Familienmitglied oder ihr bekanntermaßen nahestehende Person. | 73 ff.              | § 10 I Nr. 4             | § 56 I Nr. 19 |
| 3057 | <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ PEP ist jede Person, die ein hochrangiges wichtiges öffentliches Amt auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder ausgeübt hat (vgl. § 1 XII, auch mit konkreter „insbesondere-Aufzählung).</li> </ul> |  |   |                     |                          |               |
| 3058 | <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Falls Mandant oder wirtschaftlich PEP bzw. Familienmitglied oder ihr bekanntermaßen nahestehende Person führt das zur Anwendung verstärkter Sorgfaltspflichten (§ 15 III Nr. 1; vgl. Ziff. 3.10)</li> </ul>   |  |   |                     |                          |               |
| 3060 |  | Kontinuierliche Überwachung der Mandatsbeziehung einschließlich Transaktionen zur Sicherstellung, dass diese Transaktionen übereinstimmen  | 76  | § 10 I Nr. 5        | § 56 I Nr. 20            |               |
| 3061 | • mit den beim Rechtsanwalt vorhandenen Dokumenten und Informationen über den Mandanten und gegebenenfalls über den wirtschaftlich Berechtigten, über deren Geschäftstätigkeit und Mandantenprofil und   |  |   |                     |                          |               |
| 3062 | • soweit erforderlich, mit den beim Rechtsanwalt vorhandenen Informationen über die Herkunft der Vermögenswerte  |  |   |                     |                          |               |

|      |  |        |  |  |  |
|------|--|--------|--|--|--|
| 3080 | Zeitpunkt der Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten   | 38 ff. | § 10 III (für Identifizierung: § 11 I)   | § 56 I Nr. 26 (für Identifizierung)            |  |
| 3081 | • Identifizierung vor Begründung der Mandatsbeziehung bzw. vor Durchführung der Transaktion; Abschluss während Begründung der Mandatsbeziehung statthaft, falls geringes GW/TF-Risiko und erforderlich, um normalen Geschäftsablauf nicht zu unterbrechen  |        |  |  |  |
| 3082 |  |        |  |  |  |
| 3083 | Im Übrigen:  |        |  |  |  |
| 3084 | • bei Begründung einer Mandatsbeziehung<br>• außerhalb einer Mandatsbeziehung bei Geldtransfers ab EUR 1.000 und bei sonstigen Transaktionen ab EUR 15.000   |        |  |  |  |
| 3085 | • nach Maßgabe von § 10 III Nr. 3 bei Vorliegen von Tatsachen, die auf GW/TF hindeuten   |        |  |  |  |
| 3086 | • bei Zweifeln, ob die zur Identität des Mandanten, für ihn auftretender Personen oder zu wirtschaftlich Berechtigten erhobenen Angaben zutreffend sind  |        |  |  |  |
| 3090 | Bei Absehen von der Identifizierung bei vormals durchgeführter Identifizierung: Wenn äußere Umstände Zweifel begründen, ob früher erhobene Angaben weiterhin zutreffen, erneute Identifizierung  | 42     | § 11 III 2                               | § 56 I Nr. 28                                  |  |
| 3100 | Mandatsbeziehung darf nicht begründet oder fortgesetzt werden bzw. muss durch Kündigung oder in anderer Weise beendet werden, wenn Rechtsanwalt die Pflichten nach Nrn. 3010 bis 3050 nicht erfüllen kann  |        | § 10 IX                                  | § 56 I Nr. 25                                  |  |
| 3108 | ► Mandantenprivileg: Mandat darf begründet und fortgesetzt und muss nicht gekündigt oder sonst beendet werden, wenn Mandant Rechtsberatung oder Prozessvertretung erstrebt, es sei denn der Rechtsanwalt weiß, dass der Mandant Rechtsberatung GW/TF-Zwecke in Anspruch nimmt; Pflichten nach OrdZ 3010 bis 3050 bleiben jedoch unberührt. |        |  |  |  |
| 3109 |  |        |  |  |  |
| 3110 | Bei Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten (§ 14)  | 81 f.  | § 14 I, §§ 14 I 3 iVm 10 II 4, § 14 II 2 | § 56 I Nr. 31 (Sicherstellung und Überwachung) |  |
| 3111 | • Vergewisserung, dass Mandat tatsächlich mit einem geringeren GW/TF-Risiko verbunden ist  |        |  |  |  |
| 3112 | • Sicherstellung der Überprüfung von Transaktionen und Überwachung von Mandatsbeziehung in Umfang, der es ermöglicht, ungewöhnliche oder verdächtige Transaktionen zu erkennen und zu melden<br>► Bei vereinfachten Sorgfaltspflichten Reduzierung hinsichtlich Umfangs der allgemeinen Sorgfaltspflichten                                 |        |  |  |  |
| 3120 | Bei höherem GW/TF-Risiko zusätzlich Anwendung verstärkter Sorgfaltspflichten (§ 15)  | 83 ff. | § 15 I, II, IV,                          | § 56 I Nr. 32 bis 40                           |  |
| 3121 | • Bestimmung des konkreten Umfangs zu ergreifender Maßnahmen entsprechend dem höheren TF/GW-Risiko   |        |  |  |  |
| 3122 | • Begründung oder Fortführung des Mandats bedarf Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene  |        |  |  |  |
| 3123 | • angemessene Maßnahmen zur Bestimmung der Herkunft der Vermögenswerte, die im Rahmen des Mandats oder der Transaktion eingesetzt werden   |        |  |  |  |
| 3124 | • verstärkte kontinuierliche Überwachung des Mandats   |        |  |  |  |
| 3125 | • bei besonders komplexen, großen, ungewöhnlich ablaufenden oder ohne offensichtlichen wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgenden Transaktionen: Untersuchung der Transaktion, um das GW/TF-Risiko überwachen und einschätzen und ggf. prüfen zu können, ob Meldepflicht nach § 43 I vorliegt                                    |        |  |  |  |
| 3127 | - Verstärkte Sorgfaltspflichten insbesondere, falls Mandat oder wirtschaftlich Berechtigter PEP (vgl. OrdZ. 3057) bzw. deren Familienmitglied oder bekanntermaßen ihr nahestehende Person  |        |  |  |  |
| 3128 | - nach Maßgabe von § 15 III Nr. 2 nat. oder jur. Person in Drittstaat mit hohem Risiko   |        |  |  |  |
| 3129 | - besonders komplexe, große, ungewöhnlich ablaufende oder in nicht offensichtlich wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zwecken erfolgende Transaktionen  |        |  |  |  |

|              |  |       |                                |              |  |
|--------------|--|-------|--------------------------------|--------------|--|
| 3130<br>3131 | Bei Auslagerung der Sorgfaltspflichten auf Dritte<br>o Auslagerung nur auf einen zulässigen Dritten (ins-bes. andere Verpflichtete, z.B. Rechtsanwälte, soweit sie Verpflichtete sind) nach Maßgabe von § 17 I, II bzw. (eingeschränkt auf Pflichten nach § 10 I Nrn. 1 bis 4) auf Dritten nach § 17 V | 78 ff | §17                            |              | 56 I Nr. 53 (Dritter in Drittstaat mit hohem Risiko) |
| 3132         | o Angemessene Schritte um zu gewährleisten, dass Dritter auf Anforderung unverzüglich Dokumentenkopien zur Identitätsprüfung des Mandanten sowie andere maßgebliche Unterlagen vorlegt   |       |                                |              |  |
| 3133         | o Sicherstellung, dass Dritter Informationen einholt, die für Durchführung der Sorgfaltspflichten nach § 10 I Nrn. 1 bis 3 notwendig sind und diese Informationen dem Rechtsanwalt unverzüglich und unmittelbar übermittelt werden   |       |                                |              |  |
| 3134         | o bei Auslagerung auf andere, als die in § 17 I genannten Dritten (§ 17 V)   |       |                                |              |  |
| 3135         | o Überzeugung von Zuverlässigkeit des Dritten vor Übertragung sowie durch Stichproben Überzeugung von Angemessenheit und Ordnungsmäßigkeit der Maßnahmen des Dritten   |       |                                |              |  |
| 3136         | o vertragliche Vereinbarung  |       |                                |              |  |
| 3138         | > Verpflichtungen gelten als erfüllt, wenn Dritter ebenfalls Verpflichteter derselben Gruppe im Inland ist (Rechtsanwalt, Kammerrechtsbeistand, Patentanwalt, Notar) bzw. im Ausland nach Maßgabe von § 17 IV  |       |                                |              |  |
| 4000         | <b>Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten</b>   | 181   | §8                             |              |  |
| 4010         | Aufzeichnen und Aufbewahren erhobener Angaben und eingeholter Informationen  | 181   | § 8 I Nr. 1, § 8 I 2           | § 56 I Nr. 6 |  |
| 4011         | • über den Mandanten   |       |                                |              |  |
| 4012         | • über für Mandanten auftretende Personen  |       |                                |              |  |
| 4013         | • über den wirtschaftlich Berechtigten   |       |                                |              |  |
| 4014         | • über Mandatsbeziehungen und Transaktionen  |       |                                |              |  |
| 4015         | • über getroffene Maßnahmen zur Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten bei jur. Personen   |       |                                |              |  |
| 4020         | Fertigung vollständiger Kopien oder digitale Erfassung von Ausweisdokumenten natürlicher Personen bzw. Registerunterlagen oder anderen Dokumenten i.S.v. § 12 II, III GwG  | 181   | § 8 II 1-3                     | § 56 I Nr. 6 |  |
| 4030         | Bei Absehen von erneuter Identifizierung (§ 11 III 1): Aufzeichnung des Namens des zu identifizierenden sowie des Umstands, dass er bereits früher identifiziert wurde   | 181   | § 8 II 5                       | § 56 I Nr. 6 |  |
| 4040         | Aufzeichnen und Aufbewahren hinreichender Informationen über Durchführung und Ergebnisse der Risikobewertung betreffend (allgemeine, vereinfachte bzw. verstärkte) Sorgfaltspflichten nach §§ 10 II, 14 1 und 15 II und Angemessenheit ergriffener Maßnahmen   | 181   | § 8 I Nr. 2                    | § 56 I Nr. 6 |  |
| 4050         | Aufzeichnen und Aufbewahren der Untersuchungsergebnisse nach § 15 V Nr. 1 (verstärkte Sorgfaltspflichten bei komplexen, großen, ungewöhnlichen, ohne offensichtlich wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgende Transaktionen)   | 181   | § 8 I Nr. 3                    | § 56 I Nr. 6 |  |
| 4060         | Aufzeichnen und Aufbewahren von Erwägungsgründen und Begründung des Bewertungsergebnisses bei Sachverhalten hinsichtlich der Meldepflicht nach § 43 I  | 181   | § 8 I Nr. 4                    | § 56 I Nr. 6 |  |
| 4061         |  |       |                                |              |  |
| 4062         |  |       |                                |              |  |
| 4070         | Aufbewahrung der Aufzeichnungen und sonstigen Belege für die Dauer von sechs Jahren (Fristbeginn Ende des Kalenderjahres)  | 181   | § 8 I, IV i.V.m. § 50 I 2 BRAO | § 56 I Nr. 7 |  |
| 4080         | Unverzügliche Vernichtung der aufbewahrten Aufzeichnungen und sonstige Belege nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen  | 181   | § 8 IV                         |              |  |

|       |  |         |                       |               |  |
|-------|--|---------|-----------------------|---------------|--|
| 5000  | <b>Meldepflichten und Pflichten in diesem Zusammenhang</b>   |         |                       |               |  |
|       | Pflicht zur Meldung von Unstimmigkeiten bei Angaben zu wB im Transparenzregister, aber Mandantenprivileg   |         | § 23a Abs. 1, § 43 II | § 56 I Nr. 65 |  |
| 5010  | Soweit nicht das Mandantenprivileg (►s.u.) greift, unverzügliche Meldepflicht bei Vorliegen von Tatsachen, die darauf hindeuten, dass  | 127 ff. | § 43 I, II, § 45      | § 56 I Nr. 69 |  |
| 5011  | • ein Vermögensgegenstand, der mit einer Mandatsbeziehung oder einer Transaktion im Zusammenhang steht, aus einer strafbaren Handlung stammt, die eine Vortat der Geldwäsche darstellen könnte,  |         |                       |               |  |
| 5012  | • ein Geschäftsvorfall, eine Transaktion oder ein Vermögensgegenstand im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung steht oder   |         |                       |               |  |
| 5013  | • der Mandant seine Pflicht nach § 11 VI 3 offenzulegen, ob er die Mandatsbeziehung oder die Transaktion für einen wirtschaftlich Berechtigten begründen, fortsetzen oder durchführen will, nicht erfüllt hat  |         |                       |               |  |
| 5017  | ► Mandantenprivileg: Keine Meldepflicht, wenn sich der meldepflichtige Sachverhalt auf Informationen bezieht, die der Anwalt im Rahmen eines der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnisses erhalten hat (Drittgeheimnisse unterliegen der Schweigepflicht). Die Meldepflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Anwalt weiß, dass der Mandant das Mandatsverhältnis für GW/TF-Zwecke oder einer anderen Straftat genutzt hat oder nutzt. |         |                       |               |  |
| 5018  |  |         |                       |               |  |
| 5019  | ► Die Meldung muss elektronisch über das AML ( <a href="https://goaml.fiu.bund.de">https://goaml.fiu.bund.de</a> ) erfolgen (vorab Registrierung erforderlich!).   |         |                       |               |  |
| 5019a | Meldepflicht wegen eines Bezugs zu Risikostaaen oder Sanktionslisten nach GwGMeldV-Immobilien  | 134 ff. | § 3 GwGMeldVO         | § 56 I Nr.69  |  |
| 5019b | Meldepflicht wegen Auffälligkeiten bezüglich beteiligter Personen oder wB  | 138 ff. | § 4 GwGMeldVO         | § 56 I Nr. 69 |  |
| 5019c | Meldepflicht wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Stellvertretung   | 158 ff. | § 5 GwGMeldVO         | § 56 I Nr. 69 |  |
| 5019d | Meldepflicht wegen Auffälligkeiten bzgl Preis oder Kauf- oder Zahlungsmodalität  | 160 ff. | § 6 GwGMeldVO         | § 56 I Nr. 69 |  |
| 5020  | Aussetzung der Durchführung von Transaktionen, wegen der eine Meldung erfolgt ist nach Maßgabe von § 46 I  |         | § 46                  | § 56 II Nr.6  |  |
| 5030  | Verbot der Weitergabe der Information betreffend   | 175 f.  | § 47                  | § 56 II Nr.7  |  |
| 5031  | • beabsichtigte oder erstattete Verdachtsmeldung,  |         |                       |               |  |
| 5032  | • aufgrund Verdachtsmeldung eingeleitetem Ermittlungsverfahren   |         |                       |               |  |
| 5033  | • Auskunftsverlangen der FIU nach § 30 III   |         |                       |               |  |
| 5038  | ► Das Bemühen des Rechtsanwalts, einen Mandanten davon abzuhalten, eine rechtswidrige Handlung zu begehen, gilt — als solches — gem. § 47 IV nicht als Informationsweitergabe.   |         |                       |               |  |



## Sonderpflichten

| OrdZ                         | Gegenstand  | AAH     | Vorschrift                                 | OWi                       | Erledigt/<br>Bemerkung |
|------------------------------|---|---------|--|---------------------------|------------------------|
| 6000                         | <b>Auskunftspflichten</b>   |         |  |                           |                        |
| 6010<br>6018<br>6019         | Auskunftserteilung gegenüber der FIU auf deren Auskunftsverlangen<br><ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Mandantenprivileg:<br/>Auskunftsverweigerungsrecht, soweit sich Verlangen auf im Rahmen von Rechtsberatung oder</li> <li>6019   nen bezieht; Auskunftspflicht bleibt dagegen bestehen, wenn Rechtsanwalt weiß, dass der Mandant Rechtsberatung für GW/TF-Zwecke in Anspruch genommen hat oder nimmt.</li> </ul>   | 178 f.. | § 30 III                                   | § 56 I Nr. 67             |                        |
| 6020<br>6027<br>6028<br>6029 | Auskunftserteilung über alle Geschäftsangelegenheiten und Transaktionen sowie Vorlage von Unterlagen auf Verlangen der Rechtsanwaltskammer, soweit für die Einhaltung der Anforderungen nach dem GwG von Bedeutung<br><ul style="list-style-type: none"> <li>6027   ▶ Auskunftsverweigerungsrecht, soweit Beantwortung Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit mit sich bringt.</li> <li>6028   ▶ Mandantenprivileg:<br/>Auskunftsverweigerungsrecht, soweit sich Verlangen auf im Rahmen von Rechtsberatung /-vertretung</li> <li>6029   bezieht; Auskunftspflicht bleibt dagegen bestehen, wenn Rechtsanwalt weiß, dass der Mandant Rechtsberatung für GW/TF-Zwecke in Anspruch genommen hat oder nimmt.</li> <li>▶ Auskunftsverweigerungsrecht lässt Pflicht zur Vorlage von Unterlagen unberührt.</li> </ul> | 182 ff. | § 52 I und VI                              | § 56 I Nr. 73 (Auskünfte) |                        |
| 6030                         | Darlegung auf Verlangen der Rechtsanwaltskammer, dass Umfang der im Rahmen allgemeiner, vereinfachter oder verstärkter Sorgfaltspflichten getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf GW/TF-Risiken angemessen ist  |         | § 10 II 4 (ggf. iVm § 14 I 3 bzw. 15 II 3) | § 56 I Nr. 22             |                        |
| 7000                         | <b>Anordnungsbezogene Pflichten</b>   |         |  |                           |                        |
| 7010                         | Zurverfügungstellung der Risikoanalyse auf Verlangen der Aufsichtsbehörde   | 99      | § 5 II Nr. 3                               |                           |                        |
| 7020<br>7021<br>7022         | Duldung des Betretens und der Besichtigung der Kanzleiräume zu üblichen Geschäftszeiten durch die Rechtsanwaltskammer bei Vor-Ort-Prüfungen zur Einhaltung der im GwG festgelegten Anforderungen  | 183     | § 52 III iVm II                            | § 56 I Nr. 74             |                        |
| 7030                         | Risikoangemessene Anwendung von Vorschriften betreffend interne Sicherungsmaßnahmen auf Anordnung der Aufsichtsbehörde gegenüber einzelnen Rechtsanwälten oder Gruppen von Rechtsanwälten wegen der Art der betriebenen Geschäfte und wegen der Größe des Kanzleibetriebs   |         | § 6 IX                                     | § 56 I Nr. 5              |                        |
| 7040                         | Befolgung vorübergehender Untersagung der Berufstätigkeit durch die Rechtsanwaltskammer bei vorsätzlich oder fahrlässig nachhaltigem Verstoß gegen das GwG oder Anordnungen der Aufsichtsbehörde und dessen Fortsetzung trotz Verwarnung  |         | § 51 V                                     | § 56 I Nr. 61             |                        |